

Gewalt verursacht Gewalt

Frank Hornschu ist Vorsitzender
des DGB Kiel Region

Für eine Welt ohne Krieg und Gewalt!

Wir sind tief bestürzt über die Anschläge vom 22. März 2016 in Brüssel. Wir gedenken der Opfer und trauern mit den Angehörigen. Ihnen gehört unsere Solidarität. Die Attentäter dieser Anschläge und ihre Drahtzieher müssen gefunden und zur Rechenschaft gezogen werden. Die furchtbaren Attentate werden uns nicht abhalten für Weltoffenheit und Menschenwürde einzutreten. Es gilt, sich gemeinsam gegen Intoleranz, Menschenverachtung, Gewalt und Krieg zu wenden.

Zurzeit herrschen weltweit über 420 gewalttätige Konflikte!

Die Kriege haben keinen Frieden gebracht. Die jeweiligen Länder sind zerstört. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Der Aufstieg des IS ist auch eine Folge verfehlter Politik westlicher Staaten. Militärinterventionen, Waffenlieferungen und wirtschaftliche und politische Unterstützung von diktatorischen Regimen lösen die Konflikte nicht, sondern verschlimmern sie, erzeugen mehr Hass und Gewalt, mehr Krieg und Terror. Die Konflikte müssen friedlich gelöst werden. Wenn eine schnelle Friedenslösung nicht sofort zu erreichen ist, muss zumindest den Kriegsoptionen und Geflüchteten geholfen werden. Die Vereinbarung der 28 Staats- und Regierungschefs der EU vom 18. März 2016 mit der Türkei setzt faktisch das Asylrecht in Europa außer Kraft. Es gilt: Die Fluchtursachen zu bekämpfen, nicht die Flüchtlinge! Bei allen Vereinbarungen muss gelten: Europa darf sich nicht abschnitten! Die Menschenrechte sind nicht verhandelbar! Die Würde der Menschen ist unantastbar!

Die Welt braucht: Deeskalation und friedliche Konfliktbeilegungen! Die Menschen wollen keinen Krieg. Sie wollen in Frieden, in Freiheit und in Selbstbestimmung leben. Den Hunderttausenden, die sich weigern, sich für diesen Krieg rekrutieren zu lassen, gilt unsere Solidarität. Die Waffenlieferungen sind eher ein Zeichen des Scheiterns als ein Aufbruch in die Schutzverantwortung für die bedrohten und verfolgten Menschen.

Die Gewerkschaften in ihrem Bund, dem DGB, setzen sich uneingeschränkt für den Frieden in dieser Welt ein. Ohne Frieden keine Freiheit, keine Demokratie, keine Menschenrechte und keine Würde des Einzelnen. Wir treten ein für einen Politikwechsel hin zu Abrüstung, zur zivilen Konfliktlösung, zur sozialen Gerechtigkeit, zur Wahrung der Menschenrechte.

JA zu Menschenrechten - NEIN zu rechten Menschen!

Erfolgreiche Friedenspolitik beginnt mit dem Wissen, dass Frieden ohne soziale Gerechtigkeit nicht zu haben ist. Demokratische Teilhabe, Bildung, Gute Arbeit und soziale Sicherheit haben großen Einfluss darauf, politische und gesellschaftliche Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen. Auch deshalb sind der DGB und seine Gewerkschaften seit der Wiederbewaffnung der BRD Teil der Friedensbewegung. Der DGB und seine Gewerkschaften fühlen sich dem Frieden verpflichtet.

Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union muss stets auf die Prinzipien der Entspannung, des Dialoges und der Zusammenarbeit setzen, um Konfrontationen zu entschärfen und Wege für eine friedliche Konfliktlösung und zu guten nachbarschaftlichen Beziehungen eröffnen. Unsere Überzeugung ist: Diese Prinzipien einer Friedens- und Entspannungspolitik, einer guten Nachbarschaft und dem respektvollen Umgang legitimer Interessen müssen Wegweiser zur Lösung der aktuellen Konflikte sein. Diese Ansätze sind bei den zunehmenden Abfälligkeiten in der Weltwirtschaft für Wirtschaftskriege



Foto: Peter Werner.

Ostermarsch 2016 in Kiel.

und Finanzkrisen, der fortschreitenden Vertiefung der sozialen Spaltung zwischen armen und reichen Ländern und innerhalb der einzelnen Länder von sehr großer Bedeutung.

Für eine friedliche Außenpolitik und die beginnt hier vor Ort

Im vergangenen Jahr fand erstmalig eine Art Ableger der Münchner Sicherheitskonferenz, die KielKonferenz an der CAU, am Institut für Sicherheitspolitik, in Kiel statt. Der DGB hat dies zum Anlass genommen für eine andere Ausrichtung zu werben: Der Dialog zwischen den Menschen war immer wichtig, weil er Verständnis übereinander bringen kann. Wir Gewerkschaften setzen uns allerdings dafür ein, dass die CAU bzw. das ISP in Kiel zu dem Zentrum für

Entwicklungszusammenarbeit wird. Wir finden Bestätigung in dem Handeln und in den Haltungen der Menschen in allen Anrainerstaaten – insbesondere den östlichen - des Ostseeraums, die sich mit friedlichen Mitteln für Demokratie, Freiheit und Frieden erfolgreich eingesetzt und engagiert haben. Sie haben neben der Verankerung von elementaren Freiheits- und Menschenrechten den Wohlstand für ihr neugestaltetes Zusammenleben auch durch die wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit und Kooperation im Bündnis der Europäischen Union möglich werden lassen. Gerade und insbesondere diese Haltungen, Erfahrungen und Kenntnisse sollen, auch unter wissenschaftlicher Begleitung, im Rahmen eines wiederkehrenden Dialogforums zusammengetragen, gefestigt und breiter verankert werden. Statt der militärischen Ausrichtung werben wir für einen Aufbau und für eine Etablierung an der CAU sich zu dem Zentrum zur

Entwicklungszusammenarbeit, im Sinne von Frieden, Demokratie, Freiheits- und Menschenrechte, unter Einbindung der Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft des Ostseeraums, hin zu entwickeln.

Die Gewerkschaften in ihrem Bund, dem DGB, fordern:

Friedensbildung statt Militarisierung

Grenzen öffnen für Menschen -
Grenzen schließen für Waffen

Wir danken Frank Hornschu für die Abdruckgenehmigung seiner Rede auf dem Ostermarsch in Kiel am 26.03.2016